

Pflegereform: Steigende Eigenanteile und Versorgungslücken für Märkisch-Oderland

Die aktuellen Entwicklungen der Bundes-Pflegereform stellen den Landkreis Märkisch-Oderland vor erhebliche Herausforderungen. Statt der versprochenen spürbaren Entlastung führt die Reform vor Ort zu **explodierenden Eigenanteilen**, drohenden **Versorgungslücken im ländlichen Raum** und einer enormen **finanziellen Belastung des Kreishaushalts**.

Besonders hart trifft die Pflegekrise den ländlichen Raum.

Die durchschnittlichen Eigenanteile für einen Pflegeheimplatz in Brandenburg liegen mittlerweile bei **über 3.000 Euro pro Monat** im ersten Aufenthaltsjahr. Für viele Rentnerinnen und Rentner in Märkisch-Oderland ist dieser Betrag aus eigener Kraft schlicht unbezahlbar. Der von der Politik eingeführte Leistungszuschlag greift erst nach mehreren Jahren im Heim spürbar und fängt die stark gestiegenen Sach- und Personalkosten kaum ab.

Wenn das eigene Einkommen und Ersparnisse nicht mehr ausreichen, muss der Landkreis im Rahmen der **Sozialhilfe** einspringen.

- **Die Folge für MOL:** Die Ausgaben des Landkreises für Sozialleistungen steigen drastisch.
- **Die Konsequenz:** Gelder, die eigentlich für den Ausbau der Infrastruktur, den öffentlichen Nahverkehr (ÖPNV) oder Schulen in Märkisch-Oderland benötigt werden, müssen zur Deckung der Versorgungslücken in der Pflege umgeleitet werden.

Über 80 % der Pflegebedürftigen im Landkreis werden zu Hause von Angehörigen oder ambulanten Pflegediensten betreut. Die pauschale Anhebung des Pflegegeldes deckt die reale Inflations- und Preisentwicklung bei Weitem nicht ab. Zudem kämpfen ambulante Pflegedienste im weitläufigen Flächenland Märkisch-Oderland mit extrem langen Anfahrtswegen und steigenden Kraftstoffkosten, was das Angebot in kleineren Dörfern gefährdet.

„Die Pflegereform blendet die strukturellen Realitäten im ländlichen Raum völlig aus. Wenn Heimplätze für Rentner unbezahlbar werden und ambulante Dienste die Wege im Oderbruch nicht mehr refinanzieren können, lässt der Bund die Menschen in MOL im Stich.“ (Zitat von:)

Das BSW MOL fordert:

- die Deckelung der Eigenanteile,
- einen ländlichen Infrastruktur-Zuschlag sowie
- die Entlastung der Kommunen.

Der Kreisvorstand MOL